



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 144 (1933)**

268 (14.6.1933) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-374861](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-374861)



Blatt glaubt zu wissen, daß zwischen Daladier und Mussolini eine Zusammenkunft vorbereitet werde und anschließend eine Begegnung Daladier-Hitler. Nach vor der Realisierung des Viererabkommens im Senat sollen diese zwei Konferenzen stattfinden.

Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen: „Es ist noch nicht entschieden, aber man bereitet Besprechungen zu und dann zu einem vor. Daladier will in seiner Rede mit Mussolini die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich, sowie die Bedingungen eines leichteren und freundschaftlicheren Modus vivendi erörtern. Die Begegnung Daladier-Hitler gehört nicht mehr ins Reich der Vermutungen, sondern stellt eine außerordentliche Gewissheit dar.“

Eine andere Besorgnis bringt der Londoner Berichterstatter des „Journal“. Er bezeichnet die Vorbereitung einer Eintragskonferenz-Daladier als sehr wahrscheinlich und berichtet: „Das wichtigste Ereignis des nächsten Tages war auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz wohl die Zusammenkunft des französischen Ministerpräsidenten mit dem italienischen Unterstaatssekretär Zucchi. Es wurde über die Klärung der französisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen gesprochen und die Klärung des Viererabkommens zur Bekämpfung von Weltpreis-Beschwerden hervorgehoben. Das Hauptthema bildete die Frage des Kräftegleichgewichts im Mittelmeer und in der Afrika.“

### Effektivauschuß verlegt sich

Meldung des Wolff-Blatts

— Wien, 14. Juni.

Der Effektivauschuß der Wehrkreis-Kommission hat den Bericht seines technischen Untersuchungsausschusses über den militärischen Charakter der Polizei und über die vermittelnde Ausbildung beraten und an den Generalausschuß weitergeleitet.

Der deutsche Vertreter, General Schönbauer, hat seinem Beherrschender Ausschuss, daß die Schlichtungsarbeiten des Berichtes den ganzen Tageskomplex betreffen, in komplizierter Weise, daß man in Zukunft neue große Schwierigkeiten befürchten muß. Die deutsche Delegation sollte ihren Standpunkt und ihre Reserven zu den einzelnen Fragen aufrecht und behalte sich das Recht vor, gelegentlich der Verhandlungen in der Generalkommission erneut darauf zurückzukommen. Darauf verlegte sich der Effektivauschuß bis 27. Juni.

### Der deutsche Autostraßenbau

Drahtbericht unseres Berliner Büros

— Berlin, 14. Juni.

Mit den Ankündigungen des Reichsarbeitsministers Feldte, wonach zur Arbeitsbeschaffung ein umfassendes Bauprogramm von Autostraßen in Angriff genommen werden soll, eröffnet sich ein Ausblick auf ein sehr umfangreiches Projekt. Kürzlich wurden in der Öffentlichkeit bereits einige Angaben darüber gemacht. Inzwischen sind diese Pläne weiter bearbeitet worden. Die Verwirklichung wird eine ganze Reihe von Jahren beanspruchen, alle Arbeit auf längere Sicht schaffen. Nach weiteren Informationen soll in Deutschland im Zusammenhang mit dem Plänen für ein europäisches Autobahnnetz (Autobahnplan) zunächst der Bau eines Teilstücks der Autobahn Hamburg — Frankfurt a. M. — Basel begonnen werden. Gutes Gelingen nach geht, wie wir hier täglich schon andeuten konnten, nach den Plänen der Reichsregierung das Teilstück der Ostsee Meise — Frankfurt a. M. — Mannheim — Heidelberg zum ersten Abschnitt dieser großen Verkehrsstraße.

### Amzugverbot in Bayern

Meldung des Wolff-Blatts

— München, 14. Juni.

Im Auftrage des Reichsministers der Innern hat die bayerische politische Polizei zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit bis auf weiteres öffentliche und geschlossene Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel jeglicher Art verboten. Ausnahmen von diesem Verbot können nur im Benehmen mit der bayerischen politischen Polizei gestattet werden.

Von dem obigen Verbot sind jedoch ausdrücklich die Protestdemonstrationen nicht betroffen, die von der Regierung nach jeder Richtung hin gestützt werden.

### Vapen berichtet dem Kanzler

Meldung des Wolff-Blatts

— Berlin, 14. Juni.

Künftig wird mitgeteilt: Vizekanzler von Vapen berichtet dem Herrn Reichskanzler über den Verlauf der Münchener Tagung der katholischen Weisheitsvereine und die Vorgänge, die zu seiner vorzeitigen Schließung geführt haben. Herr von Vapen betont, daß die Weisheitsvereine trotz ihrer großen Zahl, denen zufolge er von der Leitung der katholischen Weisheitsvereine irreführend worden sein sollte. Der Reichskanzler nahm daraufhin Kenntnis, daß die Tagung der katholischen Weisheitsvereine ein Verstoß gegen die Verfassung zur Regierung und zum neuen Reich abgibt. Er sprach die Ansicht aus, daß die Vorkommnisse im Hinblick auf die Tagung bedauerlich seien, und daß von allen Seiten dahin gewirkt werden müsse, die Kämpfe der gegenständlichen Spannungen zu überwinden, so daß eine Abhaltung solcher Tagungen unmöglich gemacht werde.

### Sitterspende der deutschen Wirtschaft

Meldung des Wolff-Blatts

— Berlin, 14. Juni.

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben sich zusammenschlossen, um dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der der NSDAP die Durchführung des nationalen Wiederaufbaues ermöglicht. Zu diesem Zwecke ist die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ ins Leben gerufen, deren Leitung in den Händen eines Kuratoriums aus den beteiligten Wirtschaftskreisen unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Krupp von Bodelschwingh steht.

## Standrecht in Oesterreich?

Nationalsozialistischer Schritt beim Vizekanzler und Bundespräsidenten

Meldung des Wolff-Blatts

— Wien, 14. Juni.

Beerdigungsminister Baugott beschäftigt sich in einer Massenversammlung im katholischen Vereinshaus mit den jüngsten Ereignissen in Oesterreich und erklärte: In Oesterreich gibt es keine Revolution. Sollte aber eine Revolution dennoch versucht werden, dann werden wir noch zu einem anderen Mittel greifen. Es gibt ja noch ein Standrecht. Aber es wird hoffentlich gar nicht soweit kommen. Unsere Gendarmen und unsere Polizei erfüllen ihre Pflicht, und das Bundesheer wird das nötige befehlen.

Der Ministerrat beschloß, zum Zwecke einheitlicher und kräftiger Exekutive die Bestellung von „Sicherheitsdirektoren“, die der Bundesregierung unmittelbar unterstellt sind, ferner soll unter Veranlassung regierungstreuer Verbände eine sog. „Sicherheits-Exekutive“ gebildet werden. Die Bundesregierungen wurden aufgefordert, auch den Bundes- und Gemeindegemeinschaften die Zugehörigkeit zur NSDAP zu verweigern.

Der Bundespräsident von Salzburg, Dr. Reber, hat die Forderung der Weisheit dem Stellvertreter Kurze übergeben. Die Weisheit des Sicherheitsdiensts im Lande Salzburg hat die Bundesregierung durch die Ernennung eines Sicherheitsdirektors jetzt in die Hand genommen.

### Frauenfeld bei Winkler und Willas

Meldung des Wolff-Blatts

— Wien, 14. Juni.

Gauleiter Frauenfeld hat die Standtagsabgeordneten Dr. Riehl und Gunkel gegen dem Vizekanzler Winkler die Erklärung ab, daß sie mit dem Vorfall der jüngsten Tage in keinem Zusammenhang stehen. Sie erheben ferner Einspruch gegen die Sperre der Stammen Gunkel und der G.H.-Gemeinde.

Vizekanzler Winkler teilte mit, daß er die Erklärungen dem Bundeskanzler zur Kenntnis bringen werde. Die Nationalsozialisten sprachen darauf auch beim Bundespräsidenten Willas vor, der sie gleichfalls auf die Kante des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß verwies.

Die politische Lage ist durch die Vorwürfe der Führer der NSDAP beim Bundespräsidenten und beim Vizekanzler ge-

spanneter. Die Parteiführer erklärten, daß die NSDAP die Verantwortung für die Vorfälle der letzten Tage abliehe und betonten das außerordentlich starke Versehen gegen die Partei.

Ein Spannung hat jedoch die politische Situation nicht erlöhnt.

Die Vertreter der NSDAP wollten eine Zurücknahme der erlassenen scharfen Maßnahmen gegen die Partei erreichen. Vizekanzler Winkler hat aber darauf verwiesen, daß erst nach Rückkehr des Bundeskanzlers aus London weitere Schritte erfolgen könnten.

Von nationalsozialistischer Seite wird darauf verwiesen, daß die Führung der NSDAP gerade in diesen kritischen Tagen Zurückhaltung bis zum Nachhaken geübt, immer wieder den begründeten revolutionären Plan der Bewegung im Bewußtsein ihrer wahren Verantwortung geübt und man lebe auf große Haltung verweisen habe.

Sie habe allerdings dem Ernst der Stunde Rechnung tragend, gewarnt und zu verstehen gegeben, daß man nicht Unmögliches verlangen dürfe. Der Kampf der Partei gelte dem Judentum, dem Marxismus, dem Kapitalismus, der unendlichen Einseitigkeit, aber nicht den deutschen Menschen, wenn sie auch heute noch nicht zu Adolf Hitler ständen. Die Partei habe immer betont, daß sie keineswegs die ausschließliche Macht in Oesterreich erhebe, immer wieder verlangt, daß eine Regierung auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse gebildet werden müsse. Sie habe nie an den Grundgedanken dieses Staates getreulich, sondern im Gegenteil immer wieder betont, daß sie die Verantwortung gemäß ihrer Stärke mit zu tragen gewillt sei. Demzufolge ist, daß nun sogar von sozialdemokratischer Seite Stimmen laut werden, die davor warnen, die ohnehin gespannte Situation auf die Spitze zu treiben.

### Heimatlichung bekennend sich zur NSDAP

Meldung des Wolff-Blatts

— Wien, 14. Juni.

In Anbetracht der politischen Ereignisse der letzten Tage, insbesondere auf Grund des Vergehens der Regierung gegen die Nationalsozialisten, steht sich der deutschösterreichische Heimatlichung veranlaßt, eine vom Bundeskanzler Dr. Dollfuß ge-

## Schwere Zuchthausstrafen im Prozeß Thielsch

Meldung des Wolff-Blatts

— Berlin, 14. Juni.

Im Prozeß gegen die Kommunisten, die den SA-Mann Thielsch ermordeten, wurde der bei Begehung der Tat minderjährige Angeklagte Hell, 14 Jahre wegen gemeinschaftlichen Mordes zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Schöen wegen gemeinschaftlichen Totschlages zu 15 Jahren Zuchthaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt. Hell und Schöen erhielten wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Totschlag je eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Schöen die Todesstrafe, gegen Hell die gleiche wegen Mordes sehr Jahre Zuchthaus, weil Hell bei Begehung der Tat noch nicht 17 Jahre alt war, gegen zwei weitere Angeklagte wegen Beihilfe je sechs Jahre Zuchthaus.

### Zwischenfall in Frankfurt

Meldung des Wolff-Blatts

— Frankfurt a. M., 14. Juni.

In der Sitzung der Stabsordnungsversammlung kam es zu erregten Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten wurden schließlich aus dem Saal gedrängt.

Anlaß zu diesem Zwischenfall gaben zwei Dringlichkeitsanträge der Nationalsozialisten, der Ratier

des von Kommunisten erlassenen Handbuchs sowie der Witwe des in Haft erlassenen Biele eine Exekution von 10.000 auszuführen und eine Strafe in Form von Geldstrafe umzusetzen. Bei der Abstimmung blieben die Sozialdemokraten über, was bei den nationalsozialistischen Stabsvereinen eine heftige Erregung hervorrief. Als die Sozialdemokraten der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, drängten die Nationalsozialisten sie aus dem Saal.

### Kampf gegen die SPD-Waffenfunde

Meldung des Wolff-Blatts

— Offen, 14. Juni.

In Weismann wurden gestern bei einer Durchsicht der Wohnung eines Kommunisten 100 Handgranaten-Sprengkörper beschlagnahmt. Der Kommunist wurde festgenommen.

In Oerz wurden drei Weissträger, die zu kommunistischen Kurierdiensten verwendet wurden, festgenommen.

In Weissenkirchen nahm die Polizei acht Kommunisten fest, die sich im Interesse der SPD weiter betätigt hätten.

In Bortrop wurden neun Kommunisten in Haft genommen, weil sie sich für die SPD einsetzten. Einer verweigerte beim Verhören der Polizei kommunistisches Schriftmaterial zu vernichten, einer hat sogar Plakatentwürfe mit heftigen Aufschriften im Sinne der SPD verlesen und verbreitet.

## Neue Antriebe der SPD-Führer in Prag

Drahtbericht unseres Berliner Büros

— Berlin, 14. Juni.

In Prag haben die sozialdemokratischen Führer Feld, Stampfer, Breitscheid und Vogel ein Büro eröffnet, das sich „Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Partei“ nennt und das bei der zweiten Internationalen angeschlossen worden ist. Die in Deutschland vertriebenen sozialdemokratischen Führer sollen, so heißt es, die Arbeit haben, die Prager Emigranten aus der Partei auszuschließen. Auch gegen das geplante Erscheinen des „Vorwärts“ als Wochenblatt in Prag wird protestiert. Auf jeden Fall ist das Vergehen der in Prag lebenden Führer eine starke Belastung für die hier vertriebenen Sozialdemokraten.

Die Vorgänge bezüglich der Reichsleitung unserer Bemerkung zu dem Verzicht der Fraktionen des Reichs und vornehmlich der Fraktionen der Prager Arbeiterpartei. Eine deutliche und weitgehende Abgrenzung von den Prager Arbeiterpartei wäre für die sozialdemokratische Führung in Deutschland besser und nützlicher gewesen. Im Grunde ist es kein Wunder, daß unter den bormaligen Umständen der „Reichsleitung“ an die Aufrichtigkeit der Betuerungen des Vizepräsidenten nicht glauben will, von „Reichsleitung“ spricht und erklärt: „Nach außen hin möchte eine offizielle Trennung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien eintreten. Die Vertretung in Prag könnte dann ungehindert die internationalen landesvertragsmäßigen Demers weiter betreiben zu können, ohne damit die in Deutschland vertriebenen Genossen zu belasten. Die rechte Hand möchte dann nicht, was die Sache ist. Die werden sich aber trennen. Das deutsche Deutschland

läßt sich nicht durch derzeitige dankte Wanderer täuschen. Sie werden, was sie waren. Ein für alle Mal ist die SPD, unter welchen Formen sie auch auftreten mag, in Deutschland gerichtet. Ob es Herr Röhre bereit, die Welt, Reichsleitung, Stampfer usw. als niederträchtige Landesverräter öffentlich anzuprangern? Das wäre in der Tat die höchste Anerkennung und der einzige Ausweg für die deutsche Sozialdemokratie.“

### Zwischenfall auf der Arbeitkonferenz

Meldung des Wolff-Blatts

— Genf, 14. Juni.

In der Arbeitergruppe des Ausschusses für die Invaliden, Alters- und Invalidenversicherung, die sich nach der Sitzung des Ausschusses versammelt hatte, kam es zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende der Gruppe, Huisson-Franzose, behauptete, es handle sich um eine private Sitzung, an der die Arbeitergruppe ausgenommenen Arbeitnehmervertreter Italiens und Deutschlands nicht teilnehmen dürfen.

Während der italienische Vertreter die Sitzung verließ, behauptete der deutsche Vertreter Eicher, seinen Platz, indem er mit Recht behauptete, daß es sich um eine öffentliche vom Ausschuss einberufene Versammlung handle, von der niemand ausgeschlossen werden dürfe. Der Vorsitzende hob darauf die Sitzung auf. Der italienische Vertreter hat beim Präsidenten der Internationalen Arbeiterkonferenz Einspruch erhoben und eine Entscheidung verlangt, ob der Vorsitzende zu seinem Vorgehen berechtigt gewesen ist.

gezeichnete Rundgebung zu veröffentlichen, in der es u. a. heißt:

Die Führung der deutschösterreichischen Kampforganisation steht erbt in aller Öffentlichkeit die leidenschaftliche Einsprache gegen die Bergemalung einer nationalen Partei. Gerade in diesen Stunden, in denen die NSDAP so arg bedrängt ist, verleiht die Führung der deutschösterreichischen Kampforganisation allen Kameraden der NSDAP treue Kameradschaft und tiefe Solidarität, den Helfen. Die im nationalen Lager bestehende matte Bevölkerung Oesterreichs aber wird gerade in dieser politischen Krise sich mehr denn je hinter die nationalen Kampfverbände stellen.

### Neue Verhaftungen

Meldung des Wolff-Blatts

— Wien, 14. Juni.

Nach dem Polizeibericht über die Vorgänge der letzten Tage befinden sich zur Zeit 100 Personen, darunter zahlreiche Reichsdeutsche, in Verhaftungsgewahram. Wegen ähnlicher Vergehens sind das Ausweisungserfahren eingeleitet worden.

In Salzburg wurden acht führende Nationalsozialisten verhaftet und das Braune Haus geschlossen. Die Aktion verlief in vollkommener Ruhe.

Auch hier in Regensburg wurden von der Polizei die Mitglieder der NSDAP geschlossen. Insgesamt wurden 15 Führer verhaftet und dem Verhaftung zugewiesen. Darunter befinden sich Minister, mehrere Könige, mehrere Gemeinderäte und Reichsbeamte.

In Bielefeld wurden bei nationalsozialistischen Führern Gesundheitsuntersuchungen vorgenommen. Acht Personen, jenseits Bundesbeamte, unter ihnen auch Stadtrat Strauß, verhaftet. Die Polizei in Kassel und Bielefeld hat Verhaftungen. Die Polizei in Nürnberg geht weiter. Auch in anderen Städten Kurstens wurden ähnliche Maßnahmen durchgeführt.

### Die nationalsozialistische Führerversammlung

Drahtbericht unseres Berliner Büros

— Berlin, 14. Juni.

Im Laufe des Dienstag sind in Berlin zahlreiche nationalsozialistische Führer aus dem Reich eingetroffen, um an der von und schon angekündigten großen nationalsozialistischen Führerversammlung teilzunehmen, die vom Mittwoch bis einschließlich Freitag in Berlin stattfindet. Abwesenheit der Tagung ist der Donnerstag, an dem Hitler wahrscheinlich selbst das Wort ergreifen wird, um die allgemeine Situation vor den versammelten Anführern, Gauleitern, Kreisführern, Reichsleitern, den Leitern der Kampfverbände und Reichsleitern, den Leitern der Reichsverbände, des nationalsozialistischen Verlagsleitern und Gauleitern zu kennzeichnen. Öring und alle anderen nationalsozialistischen Führer des Reichs und der Länder, die Übergangsführer der SA, SS, der Hitler-Jugend sowie Reichsleiter der Reichsverbände werden ebenfalls zuzusehen sein. Die letzte große Führerversammlung hat vor einer Reihe von Wochen in Braunschweig in Wäldchen stattgefunden.

### Vertrauensfindung für Dugenberg

Meldung des Wolff-Blatts

— Berlin, 14. Juni.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion, die am Dienstag zu einer kurzen Sitzung zusammentrat, beschloß sich mit dem Minister für Reichspropaganda Dr. Goebbels, Dr. Stähler und Wilhelm Schmidt. Es wurde die große Entschlossenheit geäußert:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion geht des deutschösterreichischen Bedrücktes über. Dugenberg (14. Juni), der in diesen Tagen in vorderer Front am Deutschlands wirtschaftlichen und damit politischen Zukunft kämpft. Sie steht im mit ihren Wählern und erneuert ihre Vertrauen zu seiner Führung aus und bietet ihm, allen Deutschen zum Trost auf dem Posten zu bleiben, auf dem das Schicksal zum Segen des ganzen deutschen Volks gestellt hat.“

### Unter Anklage der Antikew

Meldung des Wolff-Blatts

— Berlin, 14. Juni.

Die Glockenwerkstatt hat gegen den Verleumdung des Reichsministers der Reichswirtschaft Dr. Brüning, Berlin-Hagen, Quandt, Anklage wegen Verleumdung der Antikew zum Nachteil seiner Werkstatt erhoben. Dr. Quandt, gegen den ein richterliches Verfahren eröffnet worden ist, wurde mit der Verurteilung der Antikew gegen eine Kaution von vier Millionen verurteilt.

Dr. Quandt, begann seine industrielle Tätigkeit in der Textilindustrie. Vor über zehn Jahren ist er dann in die Verwaltung der Reichswirtschaft Dr. Brüning, Berlin-Hagen ein und wurde letzter Minister des Reichsministers, in dem er jetzt den Posten innehat. Quandt ist ferner Reichsministerialrat in mehreren anderen Unternehmungen, so auch bei der NSDAP. Quandt ist ferner Reichsministerialrat in mehreren anderen Unternehmungen, so auch bei der NSDAP. Quandt ist ferner Reichsministerialrat in mehreren anderen Unternehmungen, so auch bei der NSDAP.

### Flugzeugunglück in England

Drahtbericht aus Londoner Bericht

— London, 14. Juni.

Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich gestern in dem ländlichen Ort Farnborough. Ein schweres Transportflugzeug der englischen Luftwaffe stürzte unmittelbar nach dem Start auf einer Höhe von 300 Metern ab und fiel auf eine Wiese. In der mehrere Tausend auf dem Flugfeld waren.

Die Maschine explodierte sofort und in wenigen Sekunden befand sich die Wertschiff in der Luft. Der Pilot gelang es, die Maschine zu verlassen und wurde durch einen Fallschirm gerettet. Die Besatzung wurde vollständig gerettet.











